

## ETH-Ingenieur- ausbildung spitze

ZÜRICH: Die Ingenieurausbildung an der ETH Zürich und an der ETH Lausanne nimmt im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Dies zeigt eine Studie, die an den führenden technischen Hochschulen in Europa und den USA realisiert wurde. Als wichtigste Kriterien der Ausbildungsqualität definiert die internationale Vergleichsstudie die Qualität der Lehrenden sowie die Infrastruktur einer Hochschule. Gerade in diesen Bereichen erreichten die beiden ETH exzellente Ergebnisse, wie der ETH-Rat in einer Medienmitteilung vom Freitag schreibt. Ziel der Studie sei nicht die Erstellung einer Rangliste der Hochschulen, vielmehr solle sie den Austausch von Erfahrungen und Wissen ermöglichen, erklärte Michel Jaccard, Kommunikationsleiter des ETH-Rats, auf Anfrage. Letztlich sollen Qualität und Attraktivität der Ingenieurausbildung weiter verbessert werden.

## AKW Gösgen wird modernisiert

GÖSGEN: Das Atomkraftwerk Gösgen soll für 120 Millionen Franken modernisiert werden. Geplant sind ein neues Nasslager für 1000 Brennelemente und ein verbessertes Druckhaltesystem, wie die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG am Freitag mitteilte. Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sollen dadurch gesteigert werden. Das geplante Nasslager umfasst 1000 zusätzlich Standplätze für abgebrannte Brennelemente und soll aus Platzgründen ausserhalb der bestehenden Gebäude zu stehen kommen. Das gebunkerte Gebäude mit 37 Metern Länge und 25 Metern Höhe ist gemäss den Angaben gegen Flugzeugabsturz und Erdbeben gesichert. Die Projektkosten belaufen sich auf 67 Millionen Franken.

Mit dem Bau soll im Oktober nächsten Jahres begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist auf Herbst 2006 geplant. Die erforderliche Bau- und Betriebsbewilligung des Bundesrates liegt allerdings noch nicht vor. Das entsprechende Gesuch soll Ende Juni eingereicht werden.

## BFF-Mitarbeiter gesteht Handel mit Reisepapieren

BERN: Die Schweizer Bundesanwaltschaft ermittelt gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Bundesamts für Flüchtlinge (BFF). Der in Untersuchungshaft sitzende Mann hat gestanden, während seiner Amtszeit mit Reisepapieren gehandelt zu haben. Als Gegenleistung empfing er Bargeld und Versicherungsprovisionen.

Der Mann, laut Bundesanwaltschaftssprecher Mark Wiedmer im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, hat während seiner 20-monatigen Tätigkeit beim BFF über 100 Reisedokumente und über 20 Rückreisevisa illegal erstellt oder verlängert und an Privatpersonen weitergegeben. Für die mutmasslichen Straftaten missbrauchte der ehemalige BFF-Mitarbeiter gemäss bisherigen Erkenntnissen die vertraulichen Datenbanken des Bundesamtes, um an Informationen über potenzielle Zielpersonen zu gelangen. Gemäss Wiedmer gingen die Kontakte jeweils von ihm aus.

Als Gegenleistung empfing der Verdächtige einerseits Bargeld. Als nicht deklarierten Nebenerwerb übte er zudem einen Job als Versicherungsagent aus. Er schloss mit den beteiligten Ausländern Versicherungsverträge ab und kassierte die Provisionen. Wie viel Geld beim Handel mit den illegal ausgestellten Reisepapieren zusammenkam, ist laut Bundesanwaltschaft noch nicht klar. Es dürfte sich um mehrere tausend Franken handeln. Jedenfalls deutete bisher nichts auf eine andere Motivation als Bereicherung, sagte Wiedmer. Die Konten des Verdächtigen wurden blockiert.

# Umsetzung «mangelhaft»

Kinderrechtskonvention: Nichtregierungsorganisationen sehen Lücken im Bericht des Bundes

BERN: Die Konvention über die Rechte des Kindes wird in der Schweiz nur mangelhaft umgesetzt. Zu diesem Schluss kommen 47 Nichtregierungsorganisationen nach Prüfung des Berichts des Bundes. Dieser wird am 29. Mai dem UNO-Kinderrechtsausschuss vorgelegt.

Die Lücken sehen die Vertreterinnen und Vertreter der Nichtregierungsorganisationen (NGO) vor allem in der Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen, wie sie am Freitag vor den Medien in Bern erklärten. Sie haben zum offiziellen Bericht der Regierung Stellung bezogen und als Ergänzung dazu einen Schattenbericht formuliert.

Gemessen am internationalen Standard gehe es den Kindern in der Schweiz gut, sagte Elsbeth Müller, Geschäftsführerin des Schweizerischen Komitees für UNICEF. «Aufgrund von lückenhaften und unsystematischen Daten können jedoch wenig Aussagen über echte Fortschritte zugunsten der Kinder gemacht werden», betonte Müller.

### Bundesamt gefordert

Einen Hauptgrund für dieses Problem sieht die Generalsekretärin von Pro Familia Schweiz, Lucrezia Meier-Schatz, in der «fehlenden nationalen Politik für Kinder». «Wir sind das einzige Land ohne ein Bundesamt für Jugend- und Familienfragen», betonte Meier-Schatz. Ein weiterer Stolperstein seien die föderativen Strukturen der Schweiz.

National- und Ständerat haben die Kinderrechtskonvention der UNO im Jahr 1997 nur mit Vorbehalten ratifiziert. Die NGO verlangen nun in ihrer Reaktion auf den Bericht der Regierung, alle diese Vorbehalte zurückzuziehen.



Lucrezia Meier-Schatz, Generalsekretärin von Pro Familia Schweiz (links), und Elsbeth Müller, Geschäftsführerin des Schweizerischen UNICEF-Komitees: «Die Konvention über die Rechte des Kindes wird in der Schweiz nur mangelhaft umgesetzt.» (Bild: Keystone)

«Der Bericht ist zwar umfassend, er kann jedoch die Mängel nicht verbessern», sagte Müller.

Insbesondere der Vorbehalt bezüglich des Artikels über die elterliche Gewalt müsse zurückgezogen werden. Im Parlament machte sich 1997 Widerstand gegen den Beitritt zur UN-Konvention breit, weil durch diesen Artikel «die Aushöhlung der Autorität der Eltern» befürchtet wurde. «Dieser Vorbehalt ist also rein politisch motiviert und nicht rechtlich», so Müller.

Kritisiert wird vor allem, dass es in der Schweiz kein Gesetz gibt, das die Körperstrafe und andere erniedrigende

Behandlungen von Kindern verbietet. «Die Mehrheit der Kinder in der Schweiz machen Erfahrungen von Gewalt in der Familie», sagte Franz Ziegler, Geschäftsleiter des Schweizerischen Kinderschutzbundes.

### Schutz für ausländische Kinder

Jürg Schertenleib, Leiter der Abteilung «Protection» bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, machte zudem auf den ungenügenden Schutz ausländischer Kinder in der Schweiz aufmerksam. «In vielen Kantonen bekommen minderjährige Asylsuchende den ihnen zustehenden Beistand nicht», sagte

Schertenleib. Ausserdem würden viele Kantone die Einschulung von asylsuchenden Kindern verweigern.

Die NGOs fordern deshalb ein verstärktes Engagement des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. In den Revisionen der einzelnen Gesetze müssen die Anpassungen zugunsten der Kinder gemacht werden, sagte Lucrezia Meier-Schatz.

Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, dem Kinderrechtskomitee der UNO alle fünf Jahre einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu unterbreiten. Die Schweiz tut dies am 29. Mai nun zum ersten Mal.

## Staatliche Lösungen im Gesundheitswesen erwartet

Umfrage des GfS-Forschungsinstituts: Zufriedenheit der Schweizer mit der Verwaltung gestiegen

ZÜRICH: Die Schweizer Bevölkerung erwartet vor allem im Bereich des Gesundheitswesens staatliche Dienstleistungen. Dies zeigt eine Umfrage des GfS-Forschungsinstituts. Auch im Sozialwesen und im Bereich «Schutz/Sicherheit/Verteidigung» wird Engagement verlangt. Die Zufriedenheit mit der Verwaltung ist gestiegen.

Über 700 Schweizerinnen und Schweizer wurden im Zuge der GfS-Umfrage zu den wichtigsten Bedürfnissen nach staatlichen Dienstleistungen und zur Entwicklung der Zufriedenheit mit der Arbeit der Verwaltung befragt. Der am

meisten genannte Bereich, in dem vom Staat Dienstleistungen erwartet werden, ist laut Angaben des GfS das Gesundheitswesen. Dahinter folgen das Sozialwesen, Schutz und Sicherheit, Bildungswesen, Altersvorsorge, öffentlicher Verkehr, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Steuerfragen und Arbeitslosigkeit. Am wenigsten genannt wurden die Lebenskosten, Stromversorgung sowie die Bereiche Freiheit und Umweltschutz. Das Thema Gesundheitswesen, das bei über 25 Prozent der Befragten im Vordergrund stand, wurde vor allem von Frauen, älteren Menschen, höher Gebildeten und

Bewohnern aus der Westschweiz stärker gewichtet. Dabei sei es vor allem um das Anliegen gegangen, die Probleme in diesem Bereich in den Griff zu bekommen. Um die eigentliche Erstellung von Dienstleistungen gehe es dagegen beim allgemeinen Sozialwesen, das von einem Viertel der Befragten im Vordergrund gestanden ist.

### Schweizer zufrieden mit öffentlichen Verwaltungen

Die Umfrage zeigt im weiteren, dass die Bevölkerung mehrheitlich zufrieden mit den öffentlichen Verwaltungen ist. Am wenigsten zufrieden mit

diesen Dienstleistungen sind die Befragten in der italienischsprachigen Schweiz. Leicht abgenommen hat die Zufriedenheit bei den Versicherungen, die aber immer noch vor den Verwaltungen liegt. Bei den Banken erhöhte sich die Kundenzufriedenheit bei den Befragten hingegen deutlich. Sie liegt nun höher als bei den Versicherungen. Nach 1999 scheinen die Anstrengungen vieler öffentlicher Verwaltungen um Kundennähe Erfolg gehabt haben, wie das GfS-Forschungsinstitut schreibt. Es bleibe aber abzuwarten, inwiefern sich diese Werte in den kommenden Jahr noch verbessern würden.

## Expo: 454 000 Besucher in neun Tagen

Erwartungen um 14 Prozent übertroffen – Besucherurteil sehr positiv

NEUENBURG: Die Expo hat in den ersten neun Tagen 454 000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet. Die Zahl der Eintritte lag damit um 14 Prozent über den Erwartungen, wie die Leitung am Freitag mitteilte. Neun von zehn Besuchern bewerteten die Expo.02 in einer Umfrage «positiv». Auch das schöne Wetter trug zum Erfolg bei.

Die Erwartungen lagen ursprünglich bei 398 000 Eintritten, 454 000 sind es in den ersten neun Tagen geworden. Spitzentag war nach Angaben der Expo-Leitung der Pfingstsonntag, an dem über 80 000 Eintritte auf den vier Arteplages gezählt wurden. Am meisten frequentiert war bisher die Arteplage Biel mit 159 000 Besuchern. Es folgt Neuenburg mit 141 000 Eintritten. Je 77 000 Besucher wurden auf



Hat allen Grund zur Freude: Expo-Marketingdirektor Rainer Müller auf der Arteplage Biel. (Bild: Keystone)

den Arteplages Murten und Yverdon gezählt.

Eine bei 1587 Besuchern durchgeführte, nicht repräsentative Umfrage habe gezeigt, dass neun von zehn Menschen die Expo.02 positiv bewerteten, schreiben die Organisatoren. 90 Prozent wollten die Landesausstellung weiterempfehlen, 88 Prozent wollten wiederkommen. Die Expo-Leitung bezeichnete die Werte als hervorragend. Sie spiegelten die Attraktivität der Arteplages, Ausstellungen, Events und der generellen Atmosphäre wider. Mitentscheidend sei aber auch das schöne Wetter gewesen. Im Vorverkauf waren 1,96 Millionen Tickets abgesetzt worden, fast doppelt so viel wie erwartet. Knapp zwei Drittel der Befragten reisten aus der Deutschschweiz an, 27 Prozent aus der Westschweiz und fünf Prozent aus dem Ausland.